

VD / Einfache Anfrage Bartl-Widnau / Keller-St.Gallen / Schuler-Mosnang vom 23. April 2025

Gefährdete Arbeitsplätze, geschwächter Bildungsstandort, drohende Steuerausfälle – wie kann St.Gallen wieder attraktiv werden?

Antwort der Regierung vom 10. Juni 2025

Alexander Bartl-Widnau, Felix Keller-St.Gallen und Ruben Schuler-Mosnang erkundigen sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 23. April 2025 nach der Einschätzung der Regierung zum geplanten Zusammenschluss der beiden Versicherungsgruppen Helvetia und Baloise bzw. zu deren Ankündigung, den Hauptsitz der fusionierten Holding in Basel anzusiedeln. Die Fragesteller interessieren sich nebst den zu erwartenden Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort St.Gallen für mögliche Massnahmen, um dessen Attraktivität im Standortwettbewerb zu erhöhen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die angestrebte Fusion von Helvetia und Baloise sorgt seit ihrer Ankündigung für lebhafte und bisweilen emotionale Diskussionen. Die Regierung wertet unternehmerische Entscheide aus prinzipiellen Gründen nicht. Dennoch nimmt sie den Entschluss betreffend den künftigen Hauptsitz der neuen Holding mit grossem Bedauern zur Kenntnis, zumal der Verlust bzw. die Sitzverlegung eines börsenkotierten Unternehmens dieser Grössenordnung für die Region und den Kanton St.Gallen schmerzhaft ist.

Aus Sicht der Regierung geht es indes darum, den Blick nach vorne zu richten und angesichts der neuen Faktenlage darauf hinzuarbeiten, dass zentrale Geschäfts- und Dienstleistungsbereiche der Helvetia Versicherung, die heute bereits von St.Gallen aus erbracht werden, auch unter dem Dach von Helvetia-Baloise vor Ort verbleiben. Entsprechend wird sich die Regierung anlässlich eines für den Sommer 2025 vereinbarten Treffens mit Vertreterinnen und Vertretern der Helvetia-Konzernleitung dafür einsetzen. Mit Blick auf einen langfristig prosperierenden und starken Dienstleistungssektor liegt der künftige wirtschaftlichen Erfolg der fusionierten Holding auch im Interesse des Kantons St.Gallen. Die Regierung ist überzeugt, dass die etablierte Zusammenarbeit mit der Universität St.Gallen auch in Zukunft für beide Seiten gewinnbringend genutzt werden kann.

Es wird zudem auf die Beantwortung der Einfachen Anfrage 61.25.27 «Helvetia-Baloise-Fusion: Warum konnte die Regierung die Verlagerung des Hauptsitzes nicht verhindern?» verwiesen, die ähnliche Fragen aufgreift.

Zu den einzelnen Fragen:

1./3. *Wie beurteilt die Regierung die Verlagerung des Hauptsitzes der fusionierten Helvetia Baloise AG nach Basel?*

Wie wirkt sich die Verlagerung des Hauptsitzes in steuerlicher und räumlicher Hinsicht aus?

Der Wegfall des Holdingsitzes stellt für die Stadt wie auch den Kanton St.Gallen auf den ersten Blick zweifellos einen Verlust dar. Allerdings sollten die zahlreichen Kommentare und Einschätzungen der letzten Wochen nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Helvetia Gruppe aufgrund der früheren Übernahmen von Patria und Nationale Suisse bereits heute fast zwei Drittel ihrer Konzernfunktionen in Basel unterhält und lediglich ein Drittel am Hauptsitz in St.Gallen angesiedelt ist. Entsprechend wurden bereits in der Vergangenheit wesentliche Investitionen in Basel getätigt. Ob bzw. inwiefern die Verlagerung des Hauptsitzes kurz- bis mittelfristig in räumlicher Hinsicht Folgen hat, wird sich weisen müssen.

Steuerlich wird eine Ansiedlung des Sitzes der fusionierten Konzernobergesellschaft in Basel den Verlust von Steuersubstrat zur Folge haben. Bereits heute waren jedoch das Lebensversicherungsgeschäft und das Asset-Management hauptsächlich in Basel angesiedelt. Zudem ist noch nicht bekannt, wie die Struktur des Konzerns nach dem Zusammenschluss von Helvetia und Baloise im Einzelnen aussehen wird, sodass sich die steuerlichen Auswirkungen nicht genau abschätzen lassen.

2.14. Wie viele Arbeitsplätze sind dadurch im Kanton St.Gallen gefährdet?

Welche Folgen sind für den Bildungsstandort St.Gallen absehbar? Wie können diese minimiert bzw. ausgeglichen werden?

Helvetia und Baloise möchten mit der Fusion eigenen Angaben zufolge jährliche Kosteneinsparungen in der Höhe von 350 Mio. Franken erzielen, wovon rund zwei Drittel auf den Abbau von Personal entfallen soll. Synergien werden insbesondere dort erwartet, wo sich die beiden Versicherungskonzerne in ihren Angeboten heute überlappen, namentlich in den Gruppenfunktionen sowie in den Marktorganisationen Schweiz und Deutschland. Seitens der Helvetia sind diese Funktionen bereits heute grösstenteils in Basel angesiedelt. Inwiefern bzw. in welchem Ausmass St.Gallen vom Stellenabbau im Zuge der Fusion betroffen sein wird, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt nicht seriös beziffern. Ohne erkennbaren Zusammenhang mit der Fusion hatte die Helvetia Gruppe überdies bereits Ende 2024 im Zuge eines Effizienzprogramm einen Abbau von 500 Stellen – davon 200 bis 250 in der Schweiz – in Aussicht gestellt.

Die Universität St.Gallen bildet u.a. hochqualifizierte Fachleute in Betriebswirtschaft, Finanz- und Versicherungswirtschaft sowie Informatik für den regionalen, nationalen und globalen Arbeitsmarkt aus. Falls Stellen in St.Gallen wegfallen, so ist dies aus regional-ökonomischer Sicht sehr bedauerlich, mit einer spürbaren Schwächung des Bildungsstandorts rechnet die Universität St.Gallen in diesem Fall jedoch nicht. Der prozentuale Anteil der selbst erwirtschafteten Finanzmittel ist an der HSG im Vergleich zu anderen Universitäten hoch. So bietet die HSG auch spezifische Forschungs- und Weiterbildungsdienstleistungen für die Versicherungsbranche an. Ein allfälliger Rückgang der Nachfrage nach solchen Angeboten seitens Helvetia-Baloise wird sich nur punktuell auf die Universität St.Gallen auswirken.

Die Helvetia bildet Lernende in verschiedenen Berufen aus. Per Stichtag 15. Mai 2025 werden am Hauptsitz St.Gallen 15 Lernende beschäftigt. Zehn Lernende absolvieren eine kaufmännische Ausbildung, die restlichen Lernenden machen Ausbildungen zur/m Informatiker/in EFZ, Grafiker/in EFZ oder Entwickler/in digitales Business EFZ. Auch bei den Lernenden lässt sich aktuell nicht seriös beziffern, ob und in welchem Ausmass die zukünftig angebotenen Ausbildungsplätze von der Fusion betroffen sein werden.

5./6. Welche Massnahmen können aus Sicht der Regierung zur Stärkung des Tertiärsektors ergriffen werden?

Ist die Regierung bereit, eine gesamtheitliche Strategie für ein attraktiveres St.Gallen zum Leben, Wohnen und Arbeiten mit Fokus auf günstige Rahmenbedingungen zu erarbeiten und umzusetzen? Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden?

Massnahmen und Projekte zur Stärkung des wirtschaftlichen Potenzials des Kantons St.Gallen waren bzw. sind des Öfteren Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen und periodischen Berichterstattungen. Die Regierung verweist in diesem Zusammenhang etwa auf ihren Postulatsbericht 40.21.02 «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen», der nebst einer Auslegeordnung zu den Wirkungszusammenhängen des Bundesfinanzausgleichs auch geeignete Massnahmen und Projekte zur Stärkung des Ressourcenpotenzials des Kantons St.Gallen aufzeigt. Tatsächlich wurden und werden im Kanton laufend Projekte lanciert, mit denen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gezielt verbessert werden sollen. Erwähnt seien unter anderem der Switzerland Innovation Park Ost, die ETH-Empa-Proffessur, Start-up- sowie Reinraumvorlage, die IT-Bildungs-offensive sowie Veranstaltungen mit überregionaler Strahlkraft wie der Start Summit oder das St.Gallen Symposium. Jedoch bedarf es bei allen strukturellen Massnahmen natur-gemäss der Zeit, bis diese Massnahmen ihre angestrebte Wirkung entfalten.

Um den Kanton St.Gallen in wirtschaftlicher Perspektive als Ganzes zu stärken, wird in Zukunft zudem eine aktive Bodenpolitik sowie eine verstärkte Fokussierung der Ressourcen auf ausgewählte Projekte und Regionen mit hohem wirtschaftlichem Potenzial nötig sein. Als Paradebeispiel dafür dient der Regierung die Arealentwicklung Wil West. Mit dem Projekt sichern sich die Ostschweiz bzw. die Kantone St.Gallen und Thurgau eine Zukunft, in der Arbeiten, Wohnen und Freizeit ohne lange Pendelwege möglich sind. Aus Sicht der Regierung kommt Wil West zusätzlich zum unmittelbaren wirtschaftlichen Stellenwert zu dem eine Signalwirkung für weitere strategische Arealentwicklungen im Kanton St.Gallen – unter anderem St.Gallen West Gossau Ost (ASGO), Buchs, Sargans und das strategische Arbeitsplatzgebiet (STAK) Steinach – zu. Ohne ein ausreichendes Angebot an gut verfügbaren Arbeitsflächen dürfte es in Zukunft kaum möglich sein, die Handlungsfähigkeit und Attraktivität des Kantons im Wettbewerb um wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze weiter zu steigern.